

Zur Soziologie nachhaltigen Wirtschaftens

Von idealen Menschenbildern, idealen Systemtypen und Infrastrukturen

Uwe Pfenning

1 Neoklassik und Neoliberalismus

In anderen Beiträgen dieses Sammelbandes wird in unterschiedlicher Weise Bezug genommen auf Neoklassik und Neoliberalismus. Ersteres ist ein wirtschaftswissenschaftliches Konzept, in dessen Mittelpunkt die Annahme steht, dass informierte, rational handelnde und ihrem Selbstinteresse verpflichtete Akteure als Anbieter und Nachfrager sich auf freien Märkten koordinieren und nur dann, wenn dies nicht zufriedenstellend gelingt, sollte der Staat eingreifen. Zweiteres ist eine nicht klar abgrenzbare Vorstellung von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Koordination, die so weit wie möglich durch Wettbewerb, marktbasierte Preise und geringste staatliche Eingriffe auskommen will. Obwohl der Neoliberalismus mit der starken Marktorientierung einen gemeinsamen Kern mit der Neoklassik hat, unterscheidet er sich von dieser in zumindest zwei Aspekten. Er verzichtet zugunsten gewinnorientierter privatwirtschaftlicher Lösungen strikt auf wohlfahrtsstaatliche Komponenten und das Selbstinteresse wird radikalisiert als sozialdarwinistischer egozentrischer Freiheitsbegriff interpretiert.

Ausgehend von diesen stark vereinfachten Beschreibungen wirtschaftswissenschaftlicher Ansätze, die weit in die Gesellschaftspolitik hineinwirken, wird im Folgenden versucht spezifische soziologische Kontexte nachhaltigen Wirtschaftens in die Diskussion einzubringen, um so der Dominanz neoliberaler Konzepte in der Politikberatung zu Nachhaltigkeitsfragen etwas entgegenzusetzen zu können. Der Bezug auf Nachhaltigkeit ist deshalb von Bedeutung, weil insbesondere beim Neoliberalismus Nachhaltigkeit in eins fällt mit Marktregulierung, wogegen weniger radikale Ansätze den Märkten

nicht dieses bedingungslose Vertrauen entgegenbringen und in unterschiedlichem Ausmaß die Notwendigkeit staatlicher Regulierungen zur Sicherung von Nachhaltigkeit sehen. Die hinter diesen regulierenden Eingriffen stehenden kollektiv legitimierenden Willensbildungen sind jedoch ein Kernbereich soziologischer Forschungen. Und deren Ergebnisse sollten sich in kritischer Distanz zu neoliberalen Positionen auch in der Politikberatung zur Geltung bringen. Um dies zu illustrieren werden zwei Anwendungsbeispiele herangezogen: Infrastrukturen als wichtige Daseinsfürsorge von Gesellschaften und soziale Dienstleistungen im tertiären Sektor.

1.1 Ideale Menschen- und Gesellschaftsbilder

Der in zahlreichen, nicht immer klar abgrenzbaren Varianten auftretende Neoliberalismus ist die heute dominante Lesart wirtschaftsliberaler Vorstellungen von gesellschaftlicher Koordination. Er zeichnet sich im Wesentlichen durch die maximal mögliche Reduktion wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen und durch weitestgehende Deregulierung aus. Eine grundlegende Prämisse ist dabei die allen sogenannten Rational-Choice-Ansätzen (z.B. Neoklassik, Neoliberalismus, Spieltheorie) gemeinsame Annahme, dass Menschen möglichst autonom ausschließlich nach ihren eigenen Interessen und nutzenmaximierenden Vorstellungen handeln. Die wesentliche modelltheoretische Annahme ist, dass die Akteure vollkommene Informationen, einschließlich der bekannten Restriktionen unter denen gehandelt werden muss, haben und angesichts derer gemäß fixen und geordneten Präferenzen ihren subjektiven Nutzen maximierende zweckrationale Entscheidungen treffen.

Die in der Soziologie etablierten Varianten der Rational-Choice-Theorie gehen meist von einem Modell des Resourceful, Restricted, Expecting, Evaluating, Maximizing Man (RREEMM) aus. In einer bestimmten Situation hat ein typischer Akteur mehrere Handlungsoptionen, die er unter den Aspekten begrenzender äußerer Restriktionen und gegebener eigener Präferenzen wahrnimmt. Um zu beschreiben, nach welchen Kriterien die Entscheidung für eine der Optionen getroffen wird, wird das Konzept des subjektiven Erwartungsnutzens (SEU) verwendet, wonach der Akteur die wahrscheinlich eintretenden Handlungsergebnisse berechnet, vergleicht und so handelt, dass er das maximale Ergebnis erreicht. Technisch bzw. mathematisch geschieht dies (vereinfacht) in Form des Vergleichs der Produktwerte aus Eintrittswahrscheinlichkeit (zwischen 0 und 1) und kardinal gemessenem Nutzen der angestrebten Situation (Esser 1999, 2000, 2001). Dabei wird davon ausgegangen, dass nicht

nur das Risiko aus dem Wissen über objektive Eintrittswahrscheinlichkeiten in die Entscheidungen der Akteure einfließt, sondern sie auch subjektiv empfundene Eintrittswahrscheinlichkeiten zum Tragen kommen lassen (Homans 1958, Esser 2000). Aggregiert man die individuellen Entscheidungen auf der mikrotheoretischen Ebene je nach den untersuchten empirischen Problemstellungen auf, dann soll man daraus Aussagen über die makrotheoretische Ebene ableiten können. In den Sozialwissenschaften wird dies als methodologischer Individualismus bezeichnet (Schumpeter 1908/1998, Vanberg 1975, Albert 2008).

Neben der sehr restriktiven Annahme, Nutzen sei kardinal messbar, bleibt zumindest auch das damit verwobene Problem, dass das kommunikative Entstehen von intersubjektiv geteilten handlungsleitenden Sinnvorstellungen in Rational-Choice-Modellen nur über eigennützige Nutzenkalküle erklärt werden kann. Dadurch bleibt außer Betracht, wie die Entscheidungen über die möglichen Optionen durch die sozial und kulturell geprägten Situationen mitbestimmt werden. Das RREEMM-Konzept ist unter diesem Aspekt eine emotionslose Quasi-Automatik und es schleppt trotz der sinnvollen Erweiterungen das Bild des *homo oeconomicus* mit sich. Die starke Gegenposition findet sich im von Dahrendorf eingebrachten Begriff des *homo sociologicus* (1965/2006), wonach der soziale, in Gemeinschaften oder Gesellschaften lebende Mensch über Normen, Werte und Rollen im Verlauf seiner Sozialisation äußeren Einflüssen ausgesetzt ist, die sein Handeln prägen (Hurrelmann 2020). Individuelle Rationalität im Sinne des SEU-Postulats (subjektiver Erwartungsnutzen) wäre demnach bereits eine sozial vermittelte Variable und keine individuell autonome Eigenschaft, weil individuelle Bedürfnisse als Grundlage zur Bestimmung des eigenen Nutzens weitgehend über sozial vermittelte Werte und Normen determiniert werden (»bounded rationality«, Simon 1959).

Diesem Problembereich versuchen u.a. systemtheoretische Konzepte zu begegnen. Sie sehen in Gesellschaften mehr als die Summe individueller Handlungen (Emergenztheorem) und stellen die sozialen Systeme selbst als eine Art handelnder Entitäten dar, die einer funktionalen Logik folgen (Niklas Luhmann, Talcott Parsons, Robert Merton u.a.). Gesellschaften sind aus dieser Perspektive ein System funktional sinnvoll aufeinander bezogener sozialer Teilsysteme, die die individuellen Entscheidungs- bzw. Handlungssequenzen mitbestimmen. Aus soziologischer Sicht ist Wirtschaft nicht nur ein relevantes Teilsystem des Gesamtsystems Gesellschaft, sondern das nun seit Jahrzehnten dominante. Es war in der Lage, die in diesem gesellschaftlichen Subsystem leitenden Ideen der Neoklassik und mehr noch des Neoliberalis-

mus in die anderen Subsysteme wie beispielsweise Kultur, Bildung und soziale Sicherung zu übertragen, sie also speziellen ökonomischen Grundregeln zu überantworten. Das gesellschaftliche Steuerungsmedium Solidarität wurde zunehmend zurückgefahren zugunsten des Steuerungsmediums Geld, das zugleich das dritte Steuerungsmedium, die politische Macht, vereinnahmte.

Dies bedeutet nicht den Verlust der damit verbundenen Funktionszuweisungen, sondern es entsteht ein als faktischer Druck auftretender Anspruch hier die Politik zu betreiben, wie sie in neoliberalen Modellvorstellungen beschrieben wird. Die defizitäre Deskription von Handlungen in neoliberalen Konzepten wird unter der Hand zur Präskription in der gesellschaftlichen Daseinsvor- und -fürsorge. Die für das Gesellschafts- und das Wirtschaftssystem unverzichtbaren materialen, informellen und institutionellen Infrastrukturen werden dauerhaft aufrechterhalten. Die Art in der dies geschehen soll wird jedoch dominiert von Organisations- und Finanzierungsformen die marktliche oder marktähnliche Instrumente einsetzen, die staatlichen Aktivitäten minimieren und solidarisch-zivilgesellschaftliche strikt in die Privatsphäre verweisen wollen.

Letztlich steht hinter der reduzierten Handlungsbeschreibung ein entsprechend enges Menschenbild, das aufgrund der praktischen und mathematischen Modellierbarkeit wichtige Teile der komplexen Realität außen vor lassen muss. Wie die Menschenbilder anderer Theorien ist auch das des Neoliberalismus eine wissenschaftliche Abstraktion, die notwendig komplexitätsreduziert bleiben muss. Man kann sie als Idealtypus auffassen, der vornehmlich dazu dient komplexe gesellschaftliche Prozesse und Abläufe miteinander interagierender sozialer Entwicklungen und individuellen Handelns in handhabbare, formal fassbare Modelle zu überführen (Agent based Modeling, Spieltheorie, Simulationsmodelle). Ganz im Sinne von Max Weber geht es hierbei um eine Rationalisierung wissenschaftlicher Erkenntnisse, nicht zu verwechseln mit der zuvor beschriebenen egozentrierten individuellen Rationalität zur Maximierung des eigenen Nutzens. Gesellschaftliche Rationalisierung und individuelle Rationalität gehen nicht immer Hand in Hand.

Allerdings sind die Abstriche in den neoliberalen Modellierungen gegenüber den Ursprüngen in Rational-Choice-Modellen und den schon stark reduzierten RREEMM- und neoklassischen Modellen so gewichtig, dass sie zu sehr unterkomplexen Darstellungen der abzubildenden Realität werden. Das macht sie, insbesondere wenn sie in ideologisch geprägte politische Programme integriert und interessengeleitet instrumentalisiert werden,

gefährlich. Eine an ihnen ausgerichtete administrative Macht kann leicht zu politischen und gesellschaftlichen Fehlentwicklungen bei der Sicherung der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit führen. Gegenwärtig ist die Hochgewichtung neoliberaler Denkweisen in unterschiedlicher und teilweise sogar widersprüchlicher Art in diesen Gestaltungsräumen beobachtbar (z.B. pro und kontra Zölle mit jeweils neoliberalen Begründungen).

Existenzgefährdend wird die Berufung auf neoliberale Modelle beim primär gewinnorientierten Umgang mit endlichen Ressourcen in der Produktion und im Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen. Die privatwirtschaftlichen, am baldigen Gewinn interessierten Ressourcennutzungen und das massive Propagieren privaten Konsums führen strukturell zum Raubbau an Rohstoffen und damit auch zur Zerstörung der Natur und des Klimas. Entgegen der Beobachtung, dass die entwickelten Industrieländer massive Wachstumsprobleme haben, scheint der Glaube an ein stetiges, nur konjunkturell zurückgehendes Wirtschaftswachstum ungebrochen zu sein. Und obwohl sich seit geraumer Zeit die Frage nach den *Grenzen des Wachstums* (Meadows et al. 1972) stellt, wird mit der Begründung der als selbstverständlich geltenden Wachstumsförderung der eigentlich unumgängliche Umwelt- und Klimaschutz hintangestellt und dem Konzept nachhaltigen Wirtschaftens entgegengearbeitet.

Das neue Paradigma der Nachhaltigkeit¹ zielt darauf sämtliche Bestrebungen Menschheit und Ökosysteme endlich in Einklang zu bringen. Stoffliche, energetische (Recycling) und Produktkreisläufe (Refurbish) sollen, wo immer möglich, etabliert und der Zugriff auf exterrestrische Ressourcen ermöglicht werden (Pfenning 2013). Nahezu alle diese Funktionen müssen nicht gänzlich neu geschaffen werden. Sie finden sich in unterschiedlicher funktionaler Intensität und öffentlicher Wahrnehmung bereits im System: Second-Hand-Läden, Reparaturservice² und auch der Zugriff auf erneuerbare Energien zählen dazu. Bisher sind die meisten Elemente nur in Nischen der Wirtschaft zu finden. Diese bereits angelegten Möglichkeiten gilt es zu fördern und auszurollen damit sie sich in größeren Dimensionen entfalten können.

-
- 1 Die Idee der Nachhaltigkeit weist eine lange Geschichte auf, für die Waldwirtschaft wurde sie bereits im 18. Jahrhundert zu einem konsistenten Konzept ausgearbeitet, vgl. Grober 2013.
 - 2 Als Beispiel für den paradigmatischen Charakter der Verpflichtung auf Nachhaltigkeit kann das vom EU-Parlament gerade eingeführte Recht auf Reparatur bei Technikgütern genannt werden (<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240419IPR20590/recht-auf-reparatur-reparieren-einfacher-und-attraktiver-machen>).

1.2 Anthropozän und Nachhaltigkeit

Die noch inoffizielle Bezeichnung »Anthropozän« für das aktuelle geologische Zeitalter verweist darauf, dass die Menschheit maßgeblich verändernden Einfluss auf globale, regionale und lokale Ökosysteme nimmt (Stoppani, Crutzen, Stoermer u. a.). Neben den beabsichtigten und kontrollierbaren Eingriffen in die Natur gibt es dabei spätestens seit dem 19. Jahrhundert vermehrt auch solche, die aus dem Ruder laufen und unintendierte negative Folgen für lebenswichtige biologische, geologische oder atmosphärische Prozesse haben. Dies hat ein Ausmaß angenommen, das zu katastrophalen Konsequenzen für das menschliche Leben auf der Erde führen kann.

Eng verbunden mit den diesen Prozessen zugrundeliegenden technischen Entwicklungen waren auch massive Änderungen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse. Sie wurden der Gegenstand der damit befassten Wissenschaften, welche großteils seit dem 19. Jahrhundert entstanden oder in dieser Zeit einen Bedeutungswandel erfuhren (z.B. Soziologie, Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaften). Ihre Erkenntnisse über diese Prozesse und die Schlussfolgerungen für ihren instrumentellen Einsatz in Wirtschaft und Gesellschaft haben im Netto eher dazu geführt, dass sie die Nutzung der naturwissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse intensivierten und beschleunigten, als dass sie notwendige Grenzen zogen – mit den beschriebenen Problemen. Die prozesskritischen Teile haben sich zwar innerwissenschaftlich Raum verschaffen können, blieben in ihrer praktischen Wirkung was den Umgang mit Natur und Sozialsystemen angeht aber hinter den Dynamisierungseffekten zurück.

Eine Konsequenz dieses Ungleichgewichts mit seiner Überbetonung wirtschaftlichen Wachstums gegenüber der Sicherung nachhaltigen Wirtschaftens ist, dass trotz des Wissens um bedrohliche Zustände Gegenmaßnahmen nur sehr verzögert oder gar nicht zum Tragen kommen. Besonders deutlich wurde dies in der Studie zu den Grenzen des Wachstums (Meadows et al. 1972, Global 2000, 1980 u.v.a.). Die laut dieser Studie für die Fehlentwicklungen verantwortliche aktive Gestaltung von Wirtschafts- und Sozialsystemen unter der Maßgabe kontinuierlichen und möglichst großen Wirtschaftswachstums berief sich dabei im Wesentlichen auf Modelle, in denen den typisierten Akteuren aus Gründen der mathematischen Fassbarkeit eindimensionale Nutzen- und Gewinnmaximierung als Ziele und extrem reduzierte Entscheidungsregeln zur Realisierung dieser Ziele zugeschrieben wurden (s.o.). Die in neoklassischen Modellen mitgedachten Steuerungsprobleme von Märkten

und die deshalb nötigen Interventionen führten in der politischen Umsetzung der modellkonformen staatlichen Eingriffe nicht zu ausreichenden Korrekturen der Wachstumsfolgen.

Problemverschärfend wirkte sich der Umschwung zu neoliberalen Modellen und deren Einfluss auf die Politikberatung und -gestaltung aus. Die ihnen inhärente Tendenz staatliche Eingriffe auf ein Minimum zurückzuführen und den Märkten größtmögliche Ordnungsfunktion zuzugestehen ist offensichtlich keine geeignete Lösungsstrategie. In der Folge dieser Umorientierung wurden neben negativen Wirkungen bei der Einkommens- und Vermögensverteilung oder der sozialen Integration insbesondere die ökologischen Systeme (z.B. Ozonschicht, Abholzung Regenwald, schwindende Biodiversität durch Artensterben und Monokulturen, Mikroplastik, Landschaftsverbrauch) noch stärker aus ihrer ursprünglichen natürlichen Balance gebracht und zunehmend droht die Überschreitung von Knickpunkten, ab denen eine Rückkehr in vorherige ökologische Zustände unmöglich wird.

Die meisten Studien zu den so verursachten und verschärften anthropogenen Effekten nehmen Bezug auf Themen wie:

- a) Ein Folgenbewusstsein (Böhret 1991), wonach mögliche mittel- oder langfristige eintretende negative Effekte vorab zu erkennen versucht und in die jeweils aktuelle Entscheidung einbezogen werden sollen (i.e. intergenerationale Nachhaltigkeit). Hierbei kommt als mentale Unterstützung Computersimulationen eine große Bedeutung zu. Sie kalkulieren, simulieren und prognostizieren solche Folgen sachgerecht.
- b) Die neoliberaler Marktlogik entsprechende Einpreisung der Kosten für kollektive Güter wie u.a. saubere Luft, gute Wasserqualität, Biodiversität, Boden- und Klimaschutz (z.B. durch Umweltzertifikate, Ökosteuern, nachhaltige Produktion und nachhaltiger Konsum (Weizsäcker et al. 1995).
- c) Die Abschwächung des Ressourcenverbrauchs durch stoffliches Recycling, Refurbish-Angebote und gemeinschaftliche Nutzung von Gütern (»Faktor 4«, v. Weizsäcker et al. 1995) und
- d) das bessere zugänglich machen erneuerbarer oder exterrestrischer Ressourcen, z.B. erneuerbare Energiequellen, Nutzung Solarenergie (Pfenning 2016 u.a.).

Als eine zusammenfassende Schlussfolgerung aus diesen und zahlreichen weiteren Studien kann gezogen werden, dass Nachhaltigkeit als Kreislauf sowohl für stoffliche und energetische, aber auch für soziale Systeme gedacht wer-

den kann. Es ist insofern ein neues, modernes Paradigma, das wissenschaftlich fundiert begründet werden kann, das als legitimes politisches Ziel auftreten kann, das einen gesellschaftlichen Wert verkörpern kann, das als individuelle Verhaltensnorm taugt und so eine immanente Systemfunktion übernehmen kann. Nachhaltigkeit lässt sich vor diesem Hintergrund manifestieren in Form von Gesetzen für Kreisläufe und gegen ökologischen Raubbau, von Marktanreizen für neue nachhaltige Güter, von Impulsen zu Veränderungen im Konsum. Hilfreich ist zudem auf persönlicher Ebene das Erlernen mentaler Fähigkeiten zum Erfassen von Folgewirkungen des eigenen Handelns und zum Überdenken von Lebensqualität, die statt auf Reichtum und Konsummaximierung auf dauerhafte Erhaltung der Lebensgrundlagen als gesellschaftliches Ideal zielt.

An dem Mythos, man könne unter den Bedingungen neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik die ökologisch negativen Folgen des damit verbundenen Naturverbrauchs und die desaströsen Klimawirkungen einhegen und die zunehmenden finanziellen Ungleichverteilungen ließen sich über Wachstum ausbügeln, kann man wissenschaftlich fundiert Kritik üben. Die krisenhaften Folgen für die globalen Ökosysteme lassen sich durch naturwissenschaftliche Forschungen, nicht zuletzt auf der Basis von durch moderne digitale Technologien (z. B. Satelliten, Sensoren und Computersimulationen) gewonnene Daten, nachweisen und so einer rationalen Auseinandersetzung mit den Erkenntnissen über das Anthropozän zugänglich machen. Dazu gehört auch, dass die so nachgewiesenen ökologischen Schäden gravierende Wirkungen auf die finanziellen und sozialen Belastungen unterschiedlicher sozioökonomischer Gruppen haben, deshalb fließend in eine Auseinandersetzung über die normativen Implikationen dieser Wirkungen münden und sich dann eng mit den Diskussionen über die normativ problematischen Folgen neoliberaler Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik verzahnen.

In Anlehnung an die Konzepte des *homo oeconomicus* und des *homo sociologicus* ließe sich vor diesem Hintergrund mit dem *homo oecologicus* ein passendes Menschenbild modellieren. Es wäre ein bewusst handelndes Individuum, das seine Bedürfnisse mit den Anforderungen an einen sinnvollen Schutz ökologischer Systeme in Übereinstimmung bringt, sich wissenschaftlicher Evidenz verpflichtet fühlt, über Chancen und Risiken seines Tuns mit anderen Akteuren kommuniziert und hohe Bereitschaft zum kollektiven Handeln zeigt. Im Hinblick auf den Schutz von Öko- und Sozialsystemen böte sich so die Möglichkeit eines effektiven gemeinsamen Handelns ohne die Gefahr, dass Mitnahmeeffekte und Trittbrettfahren (Olson 1965) auftreten. Die Ein-

sicht in die Notwendigkeit, sich angesichts existenzieller Bedrohungen von individuellen, die Legitimation kollektiven Handelns konterkarieren Egoismen zu lösen, könnte dazu führen, sich kollektiv verantwortungsvoll zu verhalten. Man würde so die aus der Spieltheorie und aus vielen moralphilosophischen Konzepten bekannten negativen Wirkungen des defektiven Verhaltens eines Teils der Akteure bei regelgerechtem Verhalten der anderen Akteure vermeiden.

2 Menschenbilder und Infrastrukturen

Infrastrukturen (staatlich oder privat) bezeichnen im allgemeinen Verständnis die Gesamtheit gemeinsam nutzbarer Systeme zur Daseinsvorsorge, deren Institutionen, technischen Anlagen und Strukturen, die zur Erbringung wirtschaftlicher oder staatlicher Leistungen funktional nötig sind (vgl. Kropp/Sonnenberger 2021). Ob sie dadurch im Sinne Günter Ropohls soziotechnischen Charakter haben, also eine konstituierende Verbindung zwischen technischen und damit verbundenen sozialen Komponenten eines Gesamtsystems darstellen ist strittig.

Öffentliche Infrastrukturen müssen staatlich erstellt oder gewährleistet werden und benötigen dazu allgemein zustimmungsfähige Entscheidungen u. a. über deren Finanzierung (u. a. Steuern, Nutzerentgelte, EU-Fördermittel), Organisation (u. a. öffentliche Verwaltungen, private Dienstleister, PublicPrivatePartnerships), Produktausgestaltung (z. B. Qualität, Versorgungsintensität) und Bereitstellungsform (z. B. Zugänglichkeit, Nutzungsbedingungen). Sie dienen in ihrer Gesamtheit als Vorbedingungen zur Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. Gliedert man holzschnittartig in Haushaltsfinanzierung und Nutzerfinanzierung, dann sind letztere ganz oder zumindest teilweise durch Gebühren finanziert und man kann den Einnahmen die entsprechenden Ausgaben gegenüberstellen, wobei keine dauerhaften Überschüsse erzeugt werden dürfen. Bei ersteren ist dies nicht so umstandslos möglich, dort gilt das Gesamtedeckungsprinzip (Non-Affektationsprinzip), d. h. sämtliche Einnahmen dienen i. d. R. ohne Zweckbindung zur Deckung aller Ausgaben. Damit ist auch so etwas wie eine unmittelbare Rentabilitätsbetrachtung aus öffentlicher Sicht nicht möglich. Davon unberührt ist das Rentabilitätskalkül von durch die Privatwirtschaft oder im Rahmen von PublicPrivatePartnerships (PPP) bereitgestellten Infrastrukturleistungen, die per se gewinnorientiert sind und nach

der Leistungsübernahme meist mit starken Rationalisierungen und erhöhtem Produktivitätsdruck verbunden sind.

Zu beobachten ist, dass dieses neoliberalen Marktvorstellungen folgende Prinzip zunehmend für soziale Infrastruktursysteme Anwendung fand. Neben der Elektrizitätsversorgung und deren Leitungsnetze seit 1936 mit dem Reichsenergiegesetz gilt dies heutzutage z.B. auch für die Gesundheitsökonomie und die Rationalisierung der Pflegedienste, für die PublicPrivatePartnership-Projekte bei der Wasserversorgung, für Ausschreibungen von Schülerbetreuungseinrichtungen, für die Öffnung des sozialen Mietwohnungsbaus gegenüber privaten Bauunternehmen u.a.). Auch die Wissenschaft blieb und bleibt davon nicht unberührt. Die 1972 eingeführten Fachhochschulen (und später die Dualen Hochschulen) dienten der beschleunigten Anwendung und Transmission technischer Entwicklungen aus der »reinen« Lehre in die wirtschaftliche Praxis, inklusive unternehmerischer Ausgründungen. Die Berichte über Drittmittelforschung, insbesondere im industriellen Auftrag, als Erfolgsindikator wissenschaftlichen Arbeitens wirken stark auf das (Markt-)Ranking von Hochschulen.

Die Debatte über weitere Privatisierungen³ öffentlicher Dienstleistungen ist aktuell noch immer im Gange. Sie wird wesentlich durch den Widerspruch zwischen öffentlicher Armut bzw. struktureller Unterfinanzierung öffentlicher Haushalte bei gleichzeitig ausgeprägtem aber ungleich verteiltem privatem Reichtum bestimmt. Aufgrund weitgehend verpönter Vorschläge für eine höhere Besteuerung privater Einkommen und Vermögen sowie der Annahme, dass Privatisierungen zwangsläufig mit Effizienzgewinnen einhergehen, entsteht ein faktischer Privatisierungsdruck. Einerseits schuf die Liberalisierung der Stromversorgung mehr Wahlmöglichkeiten und Preisvorteile für die Verbraucher. Andererseits stehen dem jedoch Zweifel an der Leistungsqualität und teilweise schlechte Erfahrungen in der Daseinsvorsorge entgegen, die dazu führten, dass beispielsweise in Hamburg und Berlin die Strom- und Wasserversorgung wieder in die kommunale Verwaltung integriert wurden. Angesichts so unterschiedlicher Erfahrungen in verschiedenen Bereichen öffentlicher Güter ist der Ausgang der Debatte noch ungewiss.

Im Social-Media-Sektor als neuer, erfolgreicher Wirtschaftsbranche werden zudem individuelle Bedürfnisse durch Influencer, Reichweitenmessun-

3 Die Formen von Privatisierungen reichen von staatlichen Unternehmen im Wettbewerb mit privaten, über Aufgabendelegation und PPP bis zur gänzlichen Privatisierung.

gen und Werbeangebote vermarktet, individuelle Nutzungsprofile erstellt und mit Daten zuhauf gehandelt. Menschliche Schicksale und Tragödien werden in diesem Sektor erfolgreich vermarktet, wie es die Yellow Press bereits zuvor für Prominente vormachte. Diese »Kolonisierung der Lebenswelt durch die Arbeitswelt« (Habermas 1982, Bd. 2: 489ff., 522ff.) resultiert aus dem umfassenden Geltungsanspruch des neoliberalen Gedankenguts, dass es nicht nur als wirtschaftliche Logik akzeptiert wird, sondern durchgängig auch als gesellschaftliches Gestaltungsprinzip wirken soll. Soziologisch ausgedrückt: Ein Teilsystem mimt unter Nutzung seiner eigene Teilsystemlogik ein Gesamtsystem.

2.1 Gesellschaftstechnik

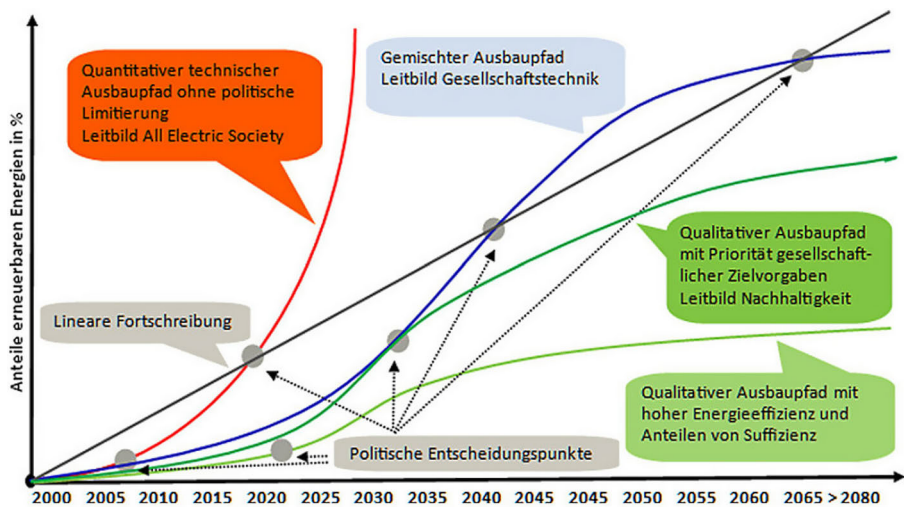
Die wirtschaftliche Entwicklung in den jeweiligen Branchen ist meist von grundlegenden technischen Innovationen in Gang gesetzt worden. Beispielhaft zu nennen sind die Digitalisierung durch Computer und Netze, die Energiewende durch erneuerbare Energien oder Social Media durch die Erfindung des Internets. Insbesondere Systemtechnologien, die zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge übernehmen, sind stark von technischen Innovationen getrieben. Ein Beispiel dafür ist die Stromversorgung. Neben der auf komplexen Software-Lösungen beruhenden Möglichkeit für die Haushalte zwischen verschiedenen Anbietern zu wählen, gibt es auch neue, die Autonomie (ganz oder teilweise) fördernde technische Optionen für die dezentrale Energieversorgung auf der Ebene von Gebäuden und kleinen Quartieren. Auf dieser technischen Basis ist es nun lokal möglich entsprechend begrenzte Bürgerbeteiligungen zur Energieversorgung und Bürgerenergie-Genossenschaften zu organisieren (Pfenning 2018, 2024).

Die Bürgerbeteiligung bei der Energiewende ist vor allem ein Indiz soziotechnischer Entwicklungen. Die damit verbundenen technischen Ausbaupfade und die dadurch erzielbare Effizienz hängen vom Konsumverhalten bei Elektrizität, von der Bereitschaft für eine Suffizienz (Konsumverzicht)⁴ und von gesellschaftlicher Akzeptanz der nötigen Infrastruktur ab. Der individuelle Umgang mit diesen Energietechnologien und die individuellen

4 Bei Suffizienz geht es nicht darum bei bestehenden Bedürfnissen (ausgedrückt in Präferenzen) den Ressourcenverbrauch zu optimieren, sondern darum die Bedürfnisse zu hinterfragen und ggf. so zu ändern, dass weniger Konsum gewünscht wird und damit weniger Ressourcenverbrauch entsteht.

Einstellungen zu ihren Systemfunktionalitäten repräsentieren das soziale System. Die technischen Anlagen zur Energiegewinnung, Verteilung und Speicherung sind das korrespondierende technische System. Beide zusammen können sich je nach sozialer Kooperationskompetenz, technologischer Qualität und Organisationsgeschick im Gelingenfall zu einem synergetischen soziotechnischen System mit hoher wirtschaftlicher Effizienz ergänzen – oder sich bei Defiziten in diesen Voraussetzungen gegenseitig blockieren.

Abb. 1: Ausbaupfade der Energiewende – quantitativ-qualitativ-nachhaltig-suffizient



Quelle (eigene Darstellung; Pfenning 2018)

Unzweifelhaft wurde zur Einführung der neuen Technologien Strom aus erneuerbaren (Biomasse), aus extraterrestrischen (Sonne) oder aus in Ökosystemen gewinnbaren (Wind, Geothermie, Wasserläufe) Energiequellen ein quantitatives, exponentielles Wachstum angestrebt. Es ging darum, diese Erneuerbaren Energietechnologien (EETs) von einer Nischentechnik für Enthusiasten zu einer Systemtechnik für Alle zu machen (Pfenning 2016, 2024). Der Einsatz und die Akzeptanz von betriebswirtschaftlichen Organisationsformen und das Verfolgen von Effizienzzielen im Umfeld dieser EETs, denen in der öffentlichen Wahrnehmung ein alternatives Image anhaftet und die in hohem Ausmaß mit dem Thema Nachhaltigkeit assoziiert werden, bedeutet nicht, dass

sie neoliberalen Imperativen folgen. Vielmehr führt die Verlagerung der Entscheidungsmacht über wirtschaftliche Entwicklungen von Konzernmanagements zu bürgerschaftlichen Selbstorganisationsgruppen und damit zu einer zumindest partiellen Abkehr von gewinnzentrierten Marktmechanismen, weil diese Gruppen neben Gewinnen und Renditen mit hohen Gewichtungen auch die Akzeptanz des Gesamtgeschehens, die Wünsche und Bedürfnisse der Bürger*innen in ihre Entscheidungen einbeziehen. Mit der erfolgreichen Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften wurde dieser aktive Teil der Bürgerschaft ein signifikanter Player im investiven Bereich der politisch proklamierten Energiewende (vgl. Internetzugriff DENA 2024) und stellt ein ausrollbares Konzept dar, welches das Nischendasein hinter sich lassen kann. Zugleich rücken solche Organisationsformen wirtschaftliche Fragestellungen, die bisher fast allein im Fokus der Wirtschaftswissenschaften standen, in den Rahmen soziologischer Forschung.

Finden sich in einer Gesellschaft für einen Bereich der Daseinsvorsorge viele solcher soziotechnischen Systeme auf lokaler oder regionaler Ebene, kommt es zur Ausprägung einer Gesellschaftstechnik (Pfenning 2018). Deren Merkmale sind: a) ein gesellschaftlicher Konsens sie anzuwenden, b) eine aufgrund der Nutzung durch die Bevölkerung angezeigte hohe Akzeptanz, c) Anforderungen der Gesellschaft an die Wissenschaft zur serienreifen Entwicklung aller technisch nötigen Komponenten und Anlagen und d) ein immanenter Bildungsauftrag zur generativen Vermittlung der Anwendungsformen, zur Schaffung von Akzeptanz und zur Entwicklung von adäquaten technikkonformen Verhaltensweisen. Die selbstorganisierte Form von Systemtechnologien und deren Aggregation zu Gesellschaftstechnologien lässt sich auch als Prozess der Demokratisierung interpretieren.

Hinsichtlich der aus den Wirtschaftswissenschaften entlehnten Modelle sozialen Verhaltens und deren Betonung von strikter Nutzenmaximierung bei faktisch fixen Präferenzen kann gesagt werden, dass z.B. die Erklärung des Entstehens solcher Gesellschaftstechnologien entweder eine deutliche Modellrevision erfordert oder dass neue Ansätze entwickelt bzw. vorhandene weiterentwickelt werden. Im Pflichtenheft der Neugestaltung wird sicherlich stehen, dem Modell ein Menschenbild zugrunde zu legen, welches hinreichend differenzierte Handlungsmotivationen abbilden kann und dann nicht so starken formalen Restriktionen unterworfen wird, dass daraus wieder Unterkomplexität entsteht. Damit könnten auch zahlreiche weitere gesellschaftliche oder kulturelle Phänomene besser erklärt und die daraus bezogenen Erkenntnisse zielgenauer in die Politikberatung einbezogen werden.

Beispiele hierfür sind u.a. der Umgang mit endlichen fossilen und gefährlichen nuklearen Energierohstoffen, der kontraintuitive Zusammenhang zwischen vermehrtem Straßenbau und Staubbildung, die Beziehungen zwischen fließendem und ruhendem Verkehr in knappen Stadtf lächen oder eine sinnvolle Funktionsteilung zwischen Privathaushalten, Zivilgesellschaft und Staat bei Betreuungsaufgaben. Eine Konzentration auf Modelle mit dominanter Nutzen- bzw. Gewinnmaximierung, unhinterfragten Wachstumszielen und der ideologischen Grundannahme, dass Märkte alles besser regeln als kollektives oder staatliches Handeln, wäre kontraproduktiv.

2.2 Zeithorizonte

Verflochten mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert entwickelten sich nicht nur die Natur- und Ingenieurwissenschaften rasant, sondern es bildeten sich auch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften heraus, die die neuen Produktions- und Konsumententwicklungen sowie die sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Begleiterscheinungen in systematischen Untersuchungen analysierten. Einige Autoren sehen die theoretischen Erklärungen für das Aufkommen und die Funktionsweise kapitalistischer Produktionsweisen und ihre konzeptionelle Nutzung für staatliche Eingriffe sowie deren Weiterentwicklungen in soziohistorischen Kontexten (vgl. zusammenfassend: Ebinger 2024). Zu diesen gehört bis hinein in die letzten Dekaden des vorigen Jahrhunderts auch die Sicht auf die natürlichen Ressourcen an Rohstoffen. Sie schienen unendlich zu sein für menschliche Bedürfnisse und die Umweltbelastungen für die globalen Ökosysteme standen noch nicht zur Debatte.

Dem Mythos unendlich verfügbarer Ressourcen machte die Studie *Grenzen des Wachstums* (Meadows et al., 1972) jedoch ein Ende. Darin wurde erstmals wissenschaftlich auf die komplexen Rückkoppelungen und Regelkreise natürlicher, wirtschaftlicher und sozialer Systeme hingewiesen und die Gefahren unkontrollierten Wachstums wurden eindrucksvoll dargelegt. Die Ausführungen gleich zu Beginn dieses Klassikers thematisieren die Verbindung von räumlichen und zeitlichen Dimensionen individuellen menschlichen Denkens und Handelns. Deren spezifische Ausprägung hängt von der kulturellen Einbindung, dem persönlichem Erfahrungshorizont und dem empfundenen Problemdruck ab. Für die meisten Akteure gilt, dass zunächst die in beiden Dimensionen am naheliegendsten Themen im Handlungsmittelpunkt liegen, nur wenige beschäftigen sich mit den räumlich und zeitlich weiter ausgreifen-

den Dingen. Dies wird jedoch den Problemlagen der Welt in den letzten Jahrzehnten nicht mehr gerecht.

Die nahen Bereiche werden immer stärker durch die Ereignisse in den scheinbar entfernten mitbestimmt. Dabei liegt jeder Entscheidung ein mehr oder weniger schlüssiges Modell zugrunde – sei es auf individueller alltäglicher Ebene oder auf der Ebene wissenschaftlicher Befassung mit einem relevanten Sachverhalt, wie z.B. ökonomische Modelle des Wachstums und der daran orientierten Wirtschaftspolitik. Das vom Club of Rome benutzte formale Weltmodell befasste sich hauptsächlich mit fünf Problembereichen: zunehmende Industrialisierung, schnelles Bevölkerungswachstum, verbreitete Unterernährung, Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen und Zerstörung der Umwelt. Es zeigte deutlich, dass die bewusste oder unbewusste Ausklammerung der Langzeitfolgen und der globalen Wirkungen fatale Zustände hervorbringen würde. Genau dies geschieht jedoch bei den dominanten neoliberalen Modellen. Sie modellieren zeitinvariante oder kurzfristige Prozesse direkter Interaktionen und den Gleichgewichten zwischen den beteiligten »Agenten«. Entsprechend ist die maßgebliche Antwort des Neoliberalismus auf die langfristigen Zeithorizonte seiner Folgen. Es ist der Versuch, ökologische Kosten im Wettbewerb auf Märkten einzupreisen, ohne an den Prämissen des quantitativen Wachstums als Ziel und des freien Spiels der Märkte als Verlaufsform zu rütteln. Und auch die imaginäre Vision von Hightech-Vorreitern wie Elon Musk andere Planeten als Lebensräume für Menschen oder als Rohstoffquelle zu gewinnen, kann zu dieser zeitlichen Invarianz gezählt werden (Vision Planet B). Latent verbirgt sich dahinter das Dogma quantitativen Wachstums als universelles Prinzip. Aber diese Versionen sind weit jenseits der realen Möglichkeiten der gegenwärtigen Menschheit

Eine andere für soziologische Forschungen relevante zeitbezogene Betrachtung ist die Untersuchung sozialisationsprägender Einflüsse von nutzentheoretischen Modellen, der darauf aufbauenden Politikberatung und der als selbstverständlich erscheinenden Schlussfolgerungen in privaten, schulischen, politischen, zivilgesellschaftlichen und publizistischen Umgebungen. Die Vermutung einer solchen Bedeutung gilt schon für neoklassische (und keynesianische) Konzepte, aber viel mehr noch für die im Vergleich zu diesen viel aggressiver vorgetragenen neoliberalen. Diese ideologisch verschärfte Variante hat das Potenzial, sich im Rahmen von Sozialisationsprozessen in den Mentalitäten vieler Akteure zu verankern. Wenn es einem System gelingt seine funktionalen Erfordernisse und die individuellen Verhaltensweisen der

Beteiligten eins zu eins in Einklang zu bringen, hat es die Voraussetzungen für ein perfektes, geschlossenes System ohne Widersprüche und Gegensätze; ganz in Harmonie mit sich. Es reproduziert sich beständig und hat insofern eine starke inhaltliche Beharrungskraft. Die recht rigiden Vorstellungen neoliberaler Konzepte und der darauf beruhenden wirtschaftlichen und politischen Praxis scheinen unfähig zu sein, sich selbst zu verändern. Aus soziologischer Sicht kann dieser Mangel als signifikantes Systemdefizit interpretiert werden, zumal bei sich rasant ändernden Umwelten.

Die Wirkungszusammenhänge hinter der wahrgenommenen Lebenswelt, sind den Betroffenen meist nicht oder nur unklar bewusst. Dementsprechend gehen die dort geltenden Sachverhalte und Probleme ebenfalls nicht oder nur unklar in die individuellen Erkenntnisse und in die davon bestimmten Folgehandlungen ein. Die in der Sphäre der Wirtschaft so transportierten neoliberalen Prinzipien und deren Ausdehnung auf weitere gesellschaftliche Handlungsfelder bleiben unter der wahrgenommenen Oberfläche und so weitgehend unproblematisiert. Die daraus entstehenden gesellschaftlichen Schwierigkeiten in vielen Bereichen, wie beispielsweise Umweltzerstörung oder sehr ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilungen, werden jedoch zwangsläufig auf kollektiver Ebene sinnfällig und bedürfen sowohl Erklärungen als auch Bemühungen zur Abhilfe. Wissenschaftliche Aufklärung über diese Phänomene könnte und sollte der Ausgangspunkt der Kritik am Neoliberalismus sein (z.B. zu sehen an den Auseinandersetzungen über die Rolle der Digitalisierung beim Anthropozän). Daran müssten individuelle Erkenntnisse anknüpfen, die wiederum in nachhaltiges wirtschaftliches, soziales und ökologisches Handeln münden würden. Solche Lernprozesse entstehen in Wechselwirkung zwischen individueller Wahrnehmung von Handlungsfolgen und deren Reflexion sowie der öffentlichen Befassung damit und der medialen Präsentation.

2.3 Kollektiv und individuell

Das oben beschriebene egozentrische Menschenbild hinter dem ökonomisch rational handelnden Akteur der Rational-Choice-Modelle beruht ebenso wie das hinter der Dezentralisierung bzw. Individualisierung von Systemtechnologien stehende auf dem Konzept des methodischen Individualismus. Dessen Idealtypus basiert auf der Annahme einer möglichst homogenen Gruppe von Individuen mit gleichen Kaufinteressen und gleichem Konsumverhalten. Eben dies brachte diesen Ansätzen massive philosophische Kulturkritik ein (Marcu-

se 1982), sie lassen keinen Raum für menschliche Kreativität. Die Standardisierung von Individualität und die für das Wachstum gewünschte möglichst hohe Ausnutzung von Ressourcen, ohne deren Begrenztheit genügend zu beachten, steht im Zentrum der Kulturkritik am Neoliberalismus bzw. an den vereinfachenden Modellen rationaler Wahl.

Für eine effiziente Infrastruktur sind jedoch kollektive Orientierungen und die dementsprechende Bereitstellung von öffentlichen Gütern vorteilhaft. Die gemeinsame Nutzung und Finanzierung dieser Güter durch viele Nutzer rechtfertigt die Vermutung, dass ihre Produktion bei effizient kostenkontrollierter Erstellung nachhaltiger ist bezüglich Aufwand und Ressourcenverbrauch als die Nutzung vieler funktionsgleicher Produkte durch viele Individuen. Die Übertragung dieses Denkansatzes für öffentliche Güter auf weitere Bereiche als die aktuellen konfliktiert jedoch mit den neoliberalen Vorstellungen, wonach der massenhafte Verkauf von Produkten den höchsten Gewinn und Wachstum verspricht. Als Beispiel für die Vorteile gemeinsamer Güterbereitstellung kann die Energiewende als Infrastrukturmaßnahme dienen. Individuelle Solaranlagen sind derzeit stark nachgefragt und die Politik erschließt über die sogenannte Mieterstrom-Anlagen neue individuelle Kundenkreise. Energetisch haben jedoch kollektive Lösungen wie Blockheizkraftwerke mittels Biogas, Großwärmepumpen, Wasserstoff den weitaus höheren Wirkungsgrad, weil sie Strom- und Wärmeversorgung koppeln. Zudem sind kollektive Lösungen der Energieversorgung in künftigen Smart-Grid-Stromnetzen als neues Infrastrukturelement mit weniger Aufwand integrierbar (vgl. VDI zellulärer Ansatz 2015).

Derzeit ist erkennbar, dass solche kollektiven Ansätze an Zuspruch gewinnen. Sharing-Projekte im Privatkundenbereich, wie beispielsweise im Lebensmittel- und im Autosektor, etablieren sich als ernstzunehmende Angebote, die bei Gelingen merkliche Nachhaltigkeitseffekte erzeugen können. Im Geschäftskundenbereich ergeben sich durch Pooling in der Nutzung und Leasing in der Außenfinanzierung ähnliche Wirkungen, zumal hier auch schon weiter zurückreichende Konzepte wie traditionelle Maschinenringe in der Landwirtschaft oder bewährte Fracht- und Laderaumbörsen im Transportsektor vorliegen. Eine Recycling-Branche ist entstanden und Refurbish-Anbieter gewinnen Kunden. Im sozialen Mietwohnungsbau betätigen sich Baugenossenschaften und generell stellen Genossenschaften erfolgreiche Geschäftsmodelle dar. All dies sind Fingerzeige für ein Potenzial von gut organisierten oder sogar schon institutionalisierten Minderheiten- bzw. Nischentätigkeiten. Sie bieten mit ihren alternativen Lösungen und Ver-

haltensweisen ausrollbare Konzepte (Moscovici 1961/1976) und sind somit wichtige Innovationstreiber.

Kollektive Nutzungen sind zudem mit dem Begriff der Suffizienz, d.h. der sinnvollen Selbstbeschränkung verknüpft, insbesondere im Hinblick auf Umweltschonung und sozialen Ausgleich. So ist beispielsweise der Verzicht auf Eigentum an einem Gebrauchsgegenstand oder einer teilbaren Ware zugunsten kollektiven Eigentums oder gemeinsamer Nutzung bedeutsam, weil dieser Verzicht zwar nicht beliebt ist, durch Auseinandersetzung mit alternativen Konzepten jedoch gelernt werden kann. Dadurch entsteht die Möglichkeit, sich von der kulturell noch verankerten individuellen Nutzungsdominanz und dem starken Anstreben von Privateigentum zu lösen. Dies wäre zu interpretieren als die Erweiterung des Begriffs kollektiver Güter zu kollektivem Eigentum im Sinne des Ansatzes von Mancur Olson (1985). Je mehr kollektive Nutzungen, Lösungen und Aktivitäten eine Gesellschaft entfaltet, umso weniger greifen die mit dem Neoliberalismus verbundenen politischen Gestaltungsstrategien.

2.4 Ende der Harmonie

Zugleich postuliert Olson aber, dass bei intensivierter Kollektivität und zunehmender Gruppengröße die Konflikte untereinander zunehmen, bis hin zu einem Grad nicht mehr einvernehmlich lösbarer Konflikte, weil die Einzel- und die Gruppenrationalität auseinanderfallen. Dieses – gewissermaßen – Ende der gesellschaftlichen Harmonie bei freiwilligem privatem Kollektivhandeln bürdet jeder Nationalökonomie und jeder Politik hohe Kosten auf, um Lösungen zu finden, damit bei der Erzeugung dieser Leistungen die rational begründeten Partikularinteressen nicht das aus anderer Perspektive ebenfalls rational begründete Gemeinwohl beeinträchtigen (»Trittbrettfahren«). Diese Interessenkonflikte lassen sich auch mit Macht entscheiden, allerdings mit dem Risiko totalitärer staatlicher Strukturen. Die scheinbare Attraktivität »illiberaler Demokratie« oder offen autoritärer Machtausübung verdankt sich großteils dem unreflektierten Umgang mit den Formen von demokratischen Dissensen und der problematischen Mehrheitsfindung bei strittigen Fragen, die immer auch Verlierer hat. Das mit diesen Umständen verbundene Unwohlsein und die kurzschlüssig daraus abgeleitete Folgerung, es bräuchte eine starke lenkende Kraft, werden unterstützt durch Faktoren wie einerseits die Verbreitung von Unwahrheiten in Form von Fake-News oder Verschwörungserzählungen und andererseits das reale Auftreten von Missständen in Form von interessen-geleitetem Lobbyismus oder Korruption.

Nochmals anknüpfend an Mancur Olsons Vorstellung, dass mit der Gruppengröße die Harmoniefähigkeit abnimmt und deshalb Kollektivgüter in kleineren Gruppen bessere Realisierungschancen haben, könnte die Gegenstrategie zum Neoliberalismus darin bestehen, dezentrale Lösungsansätze zu unterstützen und entsprechend verteilte Strukturen zu schaffen, in denen wiederum Bürger*innen leichter gemeinsam zu Entscheidungen finden können. Inwieweit solche kollektiven Nutzungen die Suffizienz begünstigen, ist soziologisch eine offene Fragestellung. Unter den Annahmen, dass gemeinsame Nutzungen via sozialer Kontrolle individuelle Egoismen einbremsen, dass damit eine bessere Einsicht in soziale Bedingungen geschaffen wird und dass gemeinsame Anliegen aus Überzeugung auch gemeinsam bearbeitet werden, darf auf weise Selbstbeschränkung im Hinblick auf Umwelterhaltung und sozialen Ausgleich gehofft werden.

2.5 Öffentliche Armut, privater Reichtum und soziales Kapital

Ein gängiger linksliberaler Slogan in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts war »öffentliche Armut und privater Reichtum«. Im Hinblick auf das hier behandelte Thema der Bereitstellung von Infrastrukturen liegt der Fokus auf dem ersten Teil, nicht auf der Frage privaten Reichtums, dessen Existenz ohnehin nicht pauschal so behauptet werden kann, sondern angesichts der sehr ungleichen Vermögenverteilung genauerer Untersuchungen bedarf. Der Ausdruck »öffentliche Armut« verweist auf den Umstand, dass die Haushalte nahezu aller Gebietskörperschaften sowohl in den konsumtiven als auch den investiven Teilen keine oder nur noch sehr geringe Spielräume haben. Daran ändert langfristig auch die partielle Aufhebung der Schuldengrenze für Verteidigungsaufgaben und der zusätzliche Kreditrahmen für Investitionsmaßnahmen in Höhe von bis zu 500 Milliarden Euro (Sondervermögen; 12 Jahre Laufzeit) nichts, wenn nicht auf der Ertragsseite Zuwächse entstehen oder auf der Aufwandsseite die Belastungen drastisch zurückgefahren werden. Zudem ist momentan noch unklar, wie die genaue Aufteilung auf die Gebietskörperschaften aussehen wird, welche Mittel in die Substanzerhaltung fließen dürfen und welche in die Ausdehnung der Infrastruktur.

Unberührt von diesen Maßnahmen bleibt die strukturelle Unterfinanzierung fast aller Haushalte auf kommunaler, regionaler, Landes- und Bundesebene. Im regulären Bundeshaushalt, d.h. ohne das Sondervermögen, sind die Ausgaben für Infrastruktur überschlägig mit ca. 70 Milliarden ein bedeutsamer Posten. Die höchsten Anteile hieran haben Sanierungsmaßnahmen im

Schienennetz, Bahnverkehr und Fernstraßen (vgl. Bundesministerium der Finanzen 2024). Dennoch ist von einem Investitionsstau die Rede, d.h. etliche ausstehende Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen in den oben genannten Bereichen sowie im Gebäudesektor mit Blick auf die Wohnungsnot vor allem in Großstädten und Ballungsgebieten, aber auch aus Gründen des Klimaschutzes, sind in naher Zukunft unabweisbar. Etwas Entlastung (auf Kreditbasis) kommt aus dem neuen Sondervermögen, das Strukturproblem der Haushalte im investiven Bereich bleibt aber erhalten.

Hinter diesen pauschal finanziell ausgedrückten Haushaltsplandarstellungen liegen unterschiedlichste sachliche Probleme, deren einzelne finanzielle Konsequenzen erst im Vollzug der Haushalte genauer gefasst werden können und die weitreichende ungeplante Konsequenzen mit sich bringen. Ein großer Teil zukünftiger Belastungen ist in laufenden Haushalten nicht enthalten und kann auch in der mittelfristigen Finanzplanung kaum erfasst werden. Eine weitere Erschwernis ist der Umstand, dass viele Infrastrukturen während der Nutzung nur bis zu einem gewissen Grad instandgesetzt werden können und deshalb in unregelmäßigen Abständen einen Neubau oder eine Totalsanierung erfordern. Die gleiche Wirkung wie diese betriebsbedingten Maßnahmen haben aufgrund akuter Sparmaßnahmen ausgelassene Reparaturen oder Teilsanierungen (z.B. wegen konjunktureller Einbrüche). Aus diesen Verzögerungen ergeben sich dann Sanierungswellen, die zu generationenübergreifenden Erblasten werden können. Die am längsten währenden defizitsteigernden Haushaltsbelastungen ergeben sich sicherlich aus dem administrativen Umgang mit der Endlagerung von hochradioaktivem Müll. Die dem Staat von den Energieversorgungsunternehmen übergebenen Rückstellungen werden für die über lange Zeit tatsächlich entstehenden Aufwendungen kaum ausreichen. Es handelt sich letztlich um ein vorhersehbares Marktversagen, dessen finanzielle und organisatorische Folgen der Allgemeinheit aufgelastet werden, während die zuvor im Betrieb der Anlagen erzielten Gewinne im Privatsektor anfielen.

An solchen Infrastrukturproblemen wird sichtbar, dass dahinter prinzipielle Legitimationsfragen stehen. Der Umgang mit der Kernkraft, der Widerstand und die Protestbewegung gegen sie, ebenso wie die damit verbundenen Katastrophenerfahrungen (Tschernobyl, Fukushima) weisen auf eine, trotzdem sie durch sehr unterschiedliche Meinungs-, Willensbildungs- und Entscheidungsphasen ging, im Netto gescheiterte technische Infrastrukturinvestition. Unter Berufung auf Marktvorteile wurde in diesem Prozess von einer Generation eine Technik mit drastischen Langzeitfolgen etabliert, die

die Interessen nachfolgender Generationen weitgehend ignorierte. Der forcierte und massiv staatlich geförderte Ausbau erfolgte nach dem sogenannten »Ölpreisschock« 1973 mit dem Versprechen einer zukunftssicheren, ökologisch sauberen Technologie, die zudem die deutsche Wirtschaft in der Energieversorgung autonomer machen sollte.

Es folgte die Liberalisierung der Stromversorgung und das EEG zur Förderung energetischer Alternativen auf Basis ökologischer Ressourcen (Wind, Wasser, Biomasse, Geothermie, Solareinstrahlung) und der stillen Hoffnung auf Fusionsreaktoren (Projekt ITER). Energieautarkie (Selbstversorgung mit Elektrizität ausschließlich aus eigenen arealen Ressourcen) und Energieautonomie (Selbstversorgung durch Eigentum von Energieanlagen, unabhängig vom Standort, Pfenning 2018) repräsentieren neue Werte und Ausrichtungen der Energieversorgung. Das EEG ist dabei jedoch ein Musterbeispiel bürokratischer Überregulierung, welche die Systemtransformation und die dazu nötigen Investitionen eher behindert als fördert und auch seitens der Wirtschaft stark kritisiert wird. Sie kann auch als ein Beispiel des Verlustes von Harmonie zwischen Staat und Wirtschaft sowie zwischen Bürgerschaft und Staat gesehen werden.⁵ Zudem wird deutlich, dass marktradikale Problemlösungen insbesondere im Infrastrukturbereich deutlich an ihre Grenzen stoßen und zukünftig nach anderen kollektiv getragenen Bereitstellungsformen gesucht werden muss.

Sowohl die öffentliche Armut wie auch die Legitimationsproblematik zeigen sich aber auch im nicht-investiven Bereich. So stehen u.a. rund 180 Milliarden Euro Ausgaben für Arbeit und Soziales im Bundeshaushalt. Sie dienen v.a. der sozialen Absicherung von Menschen ohne Erwerbsarbeit, dem Abmildern von Härtefällen, dem Bürgergeld oder der Rentensicherung. Dies sind meist Fälle, die nicht über die vom Neoliberalismus deutlich präferierten Marktmechanismen befriedigend versorgt werden können. Insofern handelt es sich teilweise um öffentliche Ausgleichsauszahlungen für Unzulänglichkeit der Märkte, insbesondere des Arbeitsmarktes. Zwar gibt es eine lebhafte öffentliche Debatte über die Berechtigung zum Bezug und über die Höhe des Bürgergelds, die einen Teil ihrer Brisanz aus dem vorgeblich verletzten Lohnabstandsgebot bezieht, aber zugleich gibt es weite Teile der sozialen Für- und Vorsorge, die sichtbar unterfinanziert sind und auf sehr problematische gesellschaftliche Situationen hinweisen.

5 Ein weiteres Beispiel für Bürokratiehemmnisse und Friktionsverluste sind die Probleme bei der Einführung der LKW-Maut für Speditionsunternehmen.

Zahlreiche soziale Leistungen mussten ausgeweitet werden, weil Notsituationen vorlagen und den sozialen Frieden, einen sehr wichtigen Standortvorteil für die deutsche Wirtschaft, bedrohten (z.B. im Pflegebereich) oder weil volkswirtschaftliche Ineffizienzen entstanden (z.B. fehlende Kinderbetreuung, die zu eingeschränkter Verfügbarkeit der Eltern für den Arbeitsmarkt führt). Renten und Pensionen dienen der Altersabsicherung, die Familien nicht mehr leisten können. Bürgergeld und Sozialhilfe gewährleisten Menschen in wirtschaftlichen Notlagen ein Aus- und Einkommen das Obdachlosigkeit verhindert. Diese Punkte stehen für eine sozial-kollektive Orientierung in unserer Gesellschaft, die (noch) eine starke kulturelle Verankerung hat. Dazu zählen neben der Versorgungssicherheit durch gesellschaftliche Generationenverträge (die auch in der Energieversorgung möglich wären) auch systemische Sozialstaatsgebote, religiöse Gebote der Nächstenliebe und moralische Leitvorstellungen des Humanismus. Je nach Sichtweise konterkarieren oder ergänzen sie die entsolidarisierenden Folgen einer neoliberalen, dominant auf den Eigennutz setzenden Organisation der Gesellschaft. Aus volkswirtschaftlicher Perspektive verweisen diese Effekte auf Verteilungsprobleme bei Einkommen und Vermögen und damit auf ein weiteres Beispiel für ein »Spiel ohne Harmonie«. Sinnfällig wurde dies beispielsweise bei der Debatte über eine Gewinnabschöpfung von einzelnen Energieversorgungsunternehmen während der »Gasversorgungskrise« 2022/2023 im Zuge des Krieges zwischen Russland und der Ukraine als Erdgas wegen einer Mangellage kurzfristig exorbitante Preisanstiege zu verzeichnen hatte.

Staatliche Sozialpolitik ist – wie andere Politikbereiche auch – stark begrenzt durch knappe Haushaltsmittel, würde aber auch bei zumutbar höherer Besteuerung wahrscheinlich an Grenzen stoßen. Ein großer Teil der kulturell eingeforderten Unterstützungen in unserer Gesellschaft erfolgt im zivilgesellschaftlichen Bereich, der mit der »Solidarität« neben Geld (Wirtschaft) und Macht (Politik) eine dritte Ressource der gesellschaftlichen Steuerung entwickelt. So stellt beispielsweise das ehrenamtliche Engagement insofern einen großen gesellschaftlichen Reichtum dar, als es in vielen überschaubaren Gruppen ein stabiles Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugt, das sich wegen der vielfachen Überlappungen dieser Gruppen aufaggregieren kann zu einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen wechselseitiger Hilfe. Aus soziologischer Sicht kann das als »soziales Kapital« gesehen werden. Es wird durch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und das Vorhandensein wechselseitigen Vertrauens zwischen den Akteuren getragen. Deutlich sichtbar wird solch soziales Ka-

pital beispielsweise in den Sport- und Sozialvereinen, im sozialen Sponsoring und bei gemeinnützig tätigen Unternehmensstiftungen. Das darin gebundene monetäre Kapital ist ebenso umfangreich wie das soziale Kapital, gemessen am monetären Gegenwert der unentgeltlich eingebrachten Arbeitsstunden (BMI 2024).

Das Ehrenamt ist gewichtiger Bestandteil der kulturellen Identität einer Gesellschaft und organisiert sich in sozialen Netzwerken über lose bis feste persönliche Beziehungen und Bindungen. Diese Netzwerke sind die virtuellen und analogen Orte, an denen sich Menschen mit ihren Meinungen, Erfahrungen, Wissen und Erfahrungen gegenseitig beeinflussen. Aber auch diese Lebensbereiche sind – wie erwähnt – nicht frei von Einflüssen der neoliberalen Ökonomisierung. Der Streit um Copyrights für eigene Urheberschaft – digital, wie tradiert analog – bildet hier ein Beispiel. Ebenso die Kommerzialisierung von Liedern im Musikgeschäft, die Vergabe von medialen Übertragungsrechten durch kommerzielle Sportverbände (zuletzt ca. 1,2 Milliarden für die DFB- Bundesliga), die Tantiemen des VG Wort für Wissenschaftler u.v.a. Gleichwohl manifestieren die weiten Bereiche zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, die nicht in kommerzielle Organisationsformen diffundierten, die Logik kollektiven Handelns zur Wahrung gemeinsamer Interessen oder geteilter Werte.

Das ehrenamtliche Engagement ist damit wohl der größte kollektive Widerpart zur individuellen Nutzenoptimierung als Leitbild des Neoliberalismus. Und obwohl sich in den Bereichen sozialen Engagements auch zunehmend Praktiken ökonomischer Rationalität finden, konterkariert diese Sphäre dennoch grundsätzlich die reduzierte Form der nur (monetär) nutzenbasierten Entscheidungsfindung. Die individuellen Erfahrungen damit und deren gesellschaftliche Aggregation schaffen einen Ausgangspunkt für die Höhergewichtung der Steuerungsressource Solidarität gegenüber den Steuerungsressourcen Geld und Macht.

3 Quo Vadis Neoliberalismus?

Der Neoliberalismus gerät von vielen Seiten unter Druck und schafft durch problematische Ergebnisse der sich auf ihn beziehenden Politik anhaltend Gründe für die Ablösung seiner Dominanz in der Gestaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft. Die wichtigsten Ursachen sind:

- a) Die Verknappung vieler Rohstoffe und natürlicher Ressourcen lassen physikalische Grenzen seiner Marktexpansion und des Wachstums mittels ungezügelter Konsum erkennen.
- b) Die zentrale Erkenntnis des Anthropozäns, wonach unsere Form des Lebens und des Wirtschaftens viele Ökosysteme aus ihrer Balance bringen, führte zu einem zu höheren Kosten durch die Einpreisung von Maßnahmen zur Begrenzung dieser Schäden an Ökosystemen und zum anderen zu katastrophenbedingten hohen Kosten durch Schadensregulierungen. Und obgleich eine Preisbestimmung der Erhaltung und Wiedergewinnung ökologischer Systeme, nicht zuletzt wegen divergierender subjektiver Bedeutungszumessungen, schwierig ist, sei als Beispiel für entstehende Kosten auf die bei der COPA-Konferenz 2024 geforderten und verhandelten 1,3 Billionen US-Dollar an Ausgleichszahlungen der Industrienationen an von Ökokatastrophen maßgeblich betroffene Staaten hingewiesen (ZDF 2024).
- c) Individuelle Auswüchse des SEU-Prinzips hin zu ausgelebten Egoismen und illegalen Märkten delegitimieren die neoliberale Marktlogik insgesamt, denn auch der Drogenhandel, Waffenhandel, Organhandel, Vertrieb von Kinderpornografie und viele andere Varianten devianten Handel(n)s funktionieren nach seinen Marktgesetzen, sind aber kulturell als verwerflich erkannt und inakzeptabel.
- d) Eine Entkoppelung der Finanzmärkte von der tatsächlichen wirtschaftlichen Tätigkeit fördert spekulative Verhaltensweisen als weiteres Merkmal individuellen Fehlverhaltens in Märkten. Große Unternehmen (insbesondere Monopole) und ganze Branchen sind anfällig für punktuelle Krisenphänomene bis hin zum systemgefährdenden Zusammenbruch. Für Konsumenten zeigen sich mitunter exorbitante Preissprünge. Die Vielzahl der Einzelbeispiele (WireCard, Lehmann Brothers, griechische Nationalbank, VW-Abgasbetrug, Kartellstrafen für Facebook, Google und Microsoft, Benko-Insolvenz, Verkauf Neue Heimat u.v.a.) lässt einen Systemeffekt dahinter vermuten.
- e) Eine zunehmende Soziotechnik bei Infrastrukturen im Verbund mit einer Individualisierung von Systemtechnologien könnte einer Dominanz der neoliberalen Marktlogik entgegenwirken und kollektive Konsumansätze, Suffizienz und Beteiligungsverfahren an Bedeutung gewinnen lassen. Diese Demokratisierung, auch von wirtschaftlichen Entscheidungen, würde eine alternative, nachhaltige Entscheidungslogik einleiten.
- f) Die reale Umsetzung des Konzepts der Nachhaltigkeit konfrontiert den Neoliberalismus mit der Frage, welche Zeithorizonte er erkennen und

- berücksichtigen kann. Nachhaltigkeit steht einer Verschiebung von kollektiven Folgekosten auf nachfolgende Generationen ebenso im Weg wie einer Ignoranz der ökologischen Folgekosten.
- g) Auch das ideale Menschenbild des Nachhaltigkeitsparadigmas als Homo Oecologicus konterkariert den Neoliberalismus, weil es auf kollektives, soziales und soziales Handeln abzielt, um menschliche Handlungsweisen mit ökologischen Systemen und Bedingungen in Einklang zu bringen.
 - h) Viele der neuzeitlichen Krisenphänomene verstärken sich wechselseitig. Dazu zählen v.a.: Klimawandel, Umweltschäden, Verwerfungen im Finanzsektor und bei Kreditvergaben, chronisch defizitäre öffentliche Haushalte, stagnierendes Wachstum und die individuelle psychische Belastung durch Krisenphänomene. Dadurch werden Fragen zur notwendigen Veränderung von Lebensstilen und Konsumweisen aufgeworfen.

Literatur

- Albert, Hans (2008): Viktor Vanberg und das sozialwissenschaftliche Erkenntnisprogramm, in: Nils Goldschmidt und Michael Wohlgemuth (Hg.): Wettbewerb und Regelordnung, Tübingen, S. 1–20. http://www.ciando.com/img/books/extract/3161514807_lp.pdf ; letzter Abruf 10.05.2025
- Barney, Gerald O. (Hg.) (1980): Global 2000. Bericht an den Präsidenten. Council on Environmental Quality, Department of State, U. S., Neuaufl., Frankfurt a.M.
- Böhret, Carl (1991): Folgen. Entwurf für eine aktive Politik gegen schleichende Katastrophen, Opladen.
- Crutzen, Paul (2002): Geology of mankind, in: Nature, Bd. 415, 3. Januar 2002, 23, <https://doi.org/10.1038/415023a> ; letzter Abruf 10.05.2025
- Dahrendorf, Ralf (1965/2006): Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle, 16. Aufl., Wiesbaden.
- Ebinger, Katharina C. (2024): Die urbane öffentliche Daseinsvorsorge zwischen Staat, Privateigentum und Selbstorganisation – Commons und Vergesellschaftung als solidarische und emanzipatorische Praxen. Masterarbeit Universität Stuttgart. Studiengang Planung und Partizipation, Stuttgart.
- Esser, Hartmut (1999): Band 1: Situationslogik und Handeln, Frankfurt a.M.

- Esser, Hartmut (2000): Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft, Frankfurt a.M.
- Esser, Hartmut (2001): Band 3: Soziales Handeln, Frankfurt a.M.
- Galbraith, John Kenneth (1976): Wirtschaft für Staat und Gesellschaft, München.
- Grober, Ulrich (2013): Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs, München.
- Habermas, Jürgen (1982): Theorie des kommunikativen Handelns, Band 2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft, Frankfurt a.M.
- Homans, George Caspar (1958): Social Behavior as Exchange, in: American Journal of Sociology 63/1958, S. 597–606.
- Hurrelmann, Klaus (2020): Einführung in die Sozialisationstheorie, Weinheim.
- Kropp, Cordula/Sonnberger, Marco (2021): Umweltsoziologie. Studienkurs Soziologie, Baden-Baden.
- Luhmann, Niklas (1986): Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen.
- Marcuse, Herbert (1982): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Darmstadt/Neuwied.
- Meadows, Denis et al. (Hg.) (1972): Die Grenzen des Wachstums – Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart.
- Moscovici, Serge (1961/1976): La psychanalyse, son image et son public, überarb. Aufl., Paris.
- Offe, Claus (1963/2006): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur politischen Soziologie. Veränderte Neuausgabe: Jens Borchert/Stephan Lessenich (Hg.), Frankfurt a.M.
- Olson, Mancur Jr. (1965): The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups, New York.
- Olson, Mancur Jr. (1985): Aufstieg und Niedergang von Nationen. Ökonomisches Wachstum, Stagflation und soziale Starrheit, Tübingen.
- Pfenning, Uwe (2013): The paradigm of renewables: social dimensions and social indicators, in: book of abstracts: conference energy systems in transition: inter- and transdisciplinary contributions, Helmholtz Association, Karlsruhe, 9.–11.10.2013.
- Pfenning, Uwe (2018): Eine soziologische Systemanalyse und sozio-ökonomisches Review der Soziotechnik Energiewende, in: Zeitschrift für Energiewirtschaft, Vol. 42., Heidelberg, S. 151–166.

- Pfenning, Uwe (2024): Verstetigung der Bürgerbeteiligung durch Verwissenschaftlichung, in: Jörg Sommer (Hg.), Kursbuch Bürgerbeteiligung Nr.5., Berlin, S. 237–253.
- Schumpeter, Josph (1908/1998): Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie. 3. Aufl., Berlin.
- Simon, Herbert A. (1959): Theories of decision making in economics and behavioural science, in: American Economic Review. Vol. 49, No. 3, S. 253–283.
- Vanberg, Victor (1975): Die zwei Soziologien. Individualismus und Kollektivismus in der Sozialtheorie, Freiburg.
- VDE/Energietechnische Gesellschaft (ETG) (2015): Der Zelluläre Ansatz. Grundlage einer erfolgreichen, regionenübergreifenden Energiewende, Frankfurt.
- VDI/acatech (Hg.) (2009): Nachwuchsbarometer Technikwissenschaften. Careers in Science and Engineering: Trends, Expectations and Attitudes of Young People, München, Berlin.
- Weizsäcker, Ernst U. von/Lovins, Amory B./Lovins, L. Hunter (1995): Faktor Vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch. Bericht an den Club of Rome, Wuppertal.

Internetquellen

- BMI – Bundesministerium des Inneren (2024): <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/buergerschaftliches-engagement/deine-gesellschaft-zaehlt/deine-gesellschaft-zaehlt-node.html> ; letzter Abruf 27.11.2024
- BMF – Bundesministerium für Finanzen (2024): <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2024/11/monatsbericht-11-2024.html?nn=237786> ; letzter Abruf 10.05.2025
- Deutscher Energieagentur (DENA) (2024): <https://www.dena.de/d-p-plattform/energiewende-umsetzen/grenzuebergreifende-energieregion/> ; letzter Abruf 27.11.2024
- Wikipedia (2024): <https://de.wikipedia.org/wiki/Spieltheorie> ; letzter Abruf 28.11.2024
- ZDF (2024): <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/cop29-weltklimakonferenz-klima-klimawandel-baku-100.html> ; letzter Abruf 10.05.2025

